

Winterberg setzt auf Investitionen: Keine Steuererhöhungen für 2025!

Winterberg plant für 2025 einen ausgeglichenen Haushalt ohne Steuererhöhungen und umfangreiche Investitionen in Bildung und Infrastruktur.

Winterberg, Deutschland - In Winterberg wird im Haushaltsentwurf für 2025 keine Steuererhöhung vorgesehen. Bürgermeister Michael Beckmann stellte den aktuellen Finanzplan vor, der auf eine ausgeglichene Haushaltsführung abzielt. Die Stadt verzeichnet in diesem Jahr Rekordeinnahmen aus der Gewerbesteuer von nahezu 10 Millionen Euro. Trotz dieser positiven Entwicklung wird ein voraussichtliches Defizit im Haushalt 2025 von rund 3,5 Millionen Euro befürchtet, welches durch Rücklagen in Höhe von etwa 10 Millionen Euro ausgeglichen werden soll.

Die Gründe für das Defizit liegen in externen Belastungen, darunter die Flüchtlingskrise und steigende Personalkosten. Zudem muss Winterberg im kommenden Jahr etwa 2,1 Millionen Euro mehr an den Kreis überweisen. Kämmerer Bastian Östreich hob die Bedeutung des Mitarbeiters zur Bewältigung der kommunalen Herausforderungen hervor. Ein umfassendes Investitionspaket von über 48 Millionen Euro ist für die Jahre 2025 bis 2028 geplant, das unter anderem in die Bereiche Bildung, Sicherheit, Infrastruktur und Wohnen fließen wird, wie der **Sauerlandkurier** berichtete.

Geplante Investitionen und Herausforderungen

Mit Fokus auf bezahlbares Wohnen soll ein Gleichgewicht zwischen Ferienwohnungen und Dauerwohnungen hergestellt werden, wobei neue Baugebiete erschlossen und eine Wohnungsbaugesellschaft gegründet werden soll. Auch die Feuerwehrinfrastruktur, einschließlich der Renovierung von Feuerwachen und der Anschaffung neuer Fahrzeuge, ist Teil der Investitionsstrategie. Im Bildungssektor sind Aus- und Umbauten an der Sekundarschule sowie der Ausbau des Geschwister-Scholl-Gymnasiums vorgesehen. Hierbei liegt besonderes Augenmerk auf der Sicherung der medizinischen Versorgung und der Teilnahme an Förderprogrammen zur Stärkung der hausärztlichen Versorgung.

Die Herausforderungen, welche die kommunalen Finanzen belasten, werden weiterhin durch globale Krisen und wirtschaftliche Unsicherheiten verstärkt. Laut der Webseite der Stadt Winterberg ist eine Kritik an der unzureichenden finanziellen Unterstützung durch den Bund und die Länder laut geworden. Zudem sollen Maßnahmen zur schnellen Bewältigung der Flüchtlingskrise gefordert werden, während die Bürgerbeteiligung an der Entwicklung der Dörfer gefördert wird. Die Stadt plant auch Klimaschutzmaßnahmen, zu denen die Pflanzung von 250.000 Bäumen im Jahr 2024 gehört, was ebenfalls in einem Bericht von **Rathaus Winterberg** zu finden ist.

Details	
Vorfall	Finanzmarkt
Ursache	Flüchtlingskrise, steigende Personalkosten, globale Krisen, wirtschaftliche Unsicherheiten
Ort	Winterberg, Deutschland
Quellen	• nag-news.de • www.sauerlandkurier.de • www.rathaus-winterberg.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at